

E-01 Energiewende

AntragsstellerIn: Landesvorstand
Gegenstand: Leitantrag Energiewende
Anmerkungen

So schaffen wir die Energiewende!

1 Den Energie- und Industriestandort NRW zukunftsfähig gestalten

2 Die Energiewende ist ein zentrales Zukunftsprojekt für Deutschland und Nordrhein-
3 Westfalen. Von ihrem Gelingen hängt viel ab: Eine sichere und klimaverträgliche
4 Energieversorgung ohne die unbeherrschbaren Risiken der Atomkraft. Bezahlbare
5 Energiepreise trotz weltweit steigender Energienachfrage und gleichzeitig schwindender
6 Öl- und konventioneller Gasvorräte. Die Stärkung innovativer Industrien und
7 hunderttausende Arbeitsplätze allein im Bereich der erneuerbaren Energien. Gelingt die
8 Energiewende in Deutschland, wird das beispielgebend auch für andere Länder sein,
9 konsequent den Weg von Kohle und Atom hin zu erneuerbaren Energien zu gehen.

10 All das setzt die schwarz-gelbe Bundesregierung aufs Spiel, indem sie die
11 Energiewende politisch bremst, blockiert und behindert. Wirtschaftsminister Rösler und
12 Umweltminister Altmaier drosseln den Ausbau der erneuerbaren Energien, blockieren
13 Energieeinsparungen und verschleppen den Netzausbau. So droht die
14 Bundesregierung die Energiewende an die Wand zu fahren!

15 Im Oktober wurde bekanntgegeben, dass die Umlage für das Erneuerbare-Energien-
16 Gesetz (EEG) 2013 von bisher 3,6 Cent/kWh auf rund 5,3 Cent/kWh steigen wird. Die
17 Gegner der Energiewende haben dies zu einer beispiellosen Kampagne gegen die
18 erneuerbaren Energien und das EEG missbraucht. Dabei geht nur gut ein Drittel der
19 Umlageerhöhung – rund 0,6 Cent von 1,7 Cent - auf den Bau neuer Windenergie-,
20 Solar- und Biogasanlagen in diesem Jahr zurück. Zwei Drittel sind anderen Faktoren
21 geschuldet, vor allem den von Schwarz-Gelb ausgedehnten Ausnahmen für immer
22 mehr Unternehmen und Betriebe.

23 Union und FDP haben die EEG-Umlage für VerbraucherInnen und Mittelstand durch
24 falsche Entscheidungen selbst in die Höhe getrieben. Nun versuchen sie, die
25 steigenden Preise als Argument gegen die Energiewende und gegen das EEG zu
26 instrumentalisieren. Dieses Doppelspiel werden wir Grüne ihnen nicht durchgehen
27 lassen!

28 Die massive Kampagne gegen das EEG ist Ausdruck eines Machtkampfes um die
29 Zukunft der Energieversorgung. Der Erfolg der erneuerbaren Energien hat die Gewinne
30 und Marktanteile der großen Energiekonzerne gedrückt. Das Oligopol von RWE, E.ON
31 und Co. bröckelt, Energiegenossenschaften und Stadtwerke profitieren.
32 Kohlekraftwerke sind nicht mehr wirtschaftlich. Derzeit wird in Deutschland, anders als
33 noch vor wenigen Jahren, kein einziges neues Kohlekraftwerke geplant. In der aktuellen
34 Preisdebatte sehen manche Vertreter der alten Energiewirtschaft offensichtlich ihre
35 letzte Chance, die Energiewende doch noch aufzuhalten. Damit werden sie bei uns
36 Grünen auf entschiedenen Widerstand stoßen!

37 Wir wollen die Energiewende weiter vorantreiben, für Versorgungssicherheit und faire
38 Energiepreise sorgen und den Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch
39 bis 2020 auf über 45% steigern. Zu diesem Zweck wollen wir das EEG weiterentwickeln
40 und Kosten und Nutzen der Energiewende fair verteilen.

41 Als größtem Industrieland in Deutschland und Energieland Nummer eins kommt
42 Nordrhein-Westfalen dabei eine Schlüsselrolle zu. Wir in NRW wollen Vorreiter sein bei
43 Klimaschutz und Energiewende! Mit dem Klimaschutzgesetz NRW, das gerade im
44 Landtag beraten wird, trifft NRW eine politische Leitentscheidung zugunsten der
45 erneuerbaren Energien. NRW setzt sich eigene ambitionierte Ziele zur Begrenzung des
46 Treibhausgasausstoßes. Bis zum Jahr 2020 sollen 25% der Treibhausgasemissionen in
47 NRW gegenüber 1990 reduziert werden, bis zum Jahr 2050 mindestens 80%. Das geht
48 nur mit einem konsequenten Wechsel von fossilen zu erneuerbaren Energien.

49 Mit dem Klimaschutzplan NRW, der seit Sommer 2012 unter breit angelegter
50 Einbindung aller Akteure in NRW erarbeitet wird, geht NRW einen weiteren großen
51 Schritt nach vorn. Wir wollen dabei Vorbild für den Bund sein. Denn wir sind überzeugt:
52 Eine Jahrhundertaufgabe wie die Energiewende schultert man nur als
53 Gemeinschaftswerk.

54 Wir Grüne haben die Energiewende vor zehn Jahren mit dem Atomausstieg und dem
55 EEG eingeleitet. Wir wollen sie zum Erfolg führen und die Energieversorgung so schnell
56 wie möglich auf 100% erneuerbare Energien umstellen. Das ist unabdingbar – aus
57 Gründen der Versorgungssicherheit, der Preisstabilität und des Klimaschutzes.

58 Vor allem in den Industrienationen basiert das tägliche Leben seit mehr als zwei
59 Jahrhunderten auf der Nutzung von Kohle, Öl und Gas. Angefangen mit der Produktion
60 unserer Nahrung, über unsere Mobilität und das Transportwesen, das Heizen in der
61 kalten Jahreszeit bis hin zum Betreiben von Maschinen und Geräten und dem
62 Herstellen von Produkten: Ohne die Nutzung der in Jahrmillionen entstandenen fossilen
63 Energieträger hätten sich viele Lebensbereiche nicht so entwickeln können, wie wir es
64 inzwischen als selbstverständlich ansehen. Schon daran wird deutlich, welche große
65 Herausforderung eine umfassende Energiewende in den Sektoren Strom, Wärme und
66 Verkehr darstellt.

67 **Chancen der Energiewende für den Industriestandort NRW nutzen**

68 Neben ökologischen Vorteilen bietet die Energiewende auch große wirtschaftliche
69 Chancen für Deutschland und für NRW. Jedes zweite Getriebe für Windkraftträder
70 weltweit wird in NRW hergestellt, insgesamt arbeiten rund 26.000 Beschäftigte allein im
71 regenerativen Anlagen- und Systembau – Tendenz steigend! So steht der Ausbau der
72 erneuerbaren Energien beispielhaft für unsere Politik des Green New Deal, die
73 Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit verbindet.

74 Wir GRÜNE stehen zu dem Industriestandort NRW. Wir sind dabei aber gleichzeitig
75 davon überzeugt, dass NRW auf Dauer nur ein Industriestandort bleiben wird, wenn wir
76 uns den ökologischen und klimapolitischen Herausforderungen stellen und einen
77 grundlegenden Umbauprozess in Gang setzen. Nur wenn es gelingt, NRW zum
78 Vorreiter der ökologisch-industriellen Umgestaltung zu machen, schaffen wir es, unser
79 Bundesland international wettbewerbsfähig zu halten, neue Wertschöpfung zu
80 generieren und vor allem auch Arbeitsplätze zu schaffen. Wir wollen NRW langfristig zu
81 einem nachhaltigen Industriestandort machen, wo klimaneutral, giftfrei und ohne
82 Ressourcen- und Materialverschwendung produziert wird und wo neue ökologisch
83 verträgliche Produkte hergestellt werden, die im internationalen Wettbewerb an der
84 Spitze stehen. NRW hat beste Voraussetzungen dafür!

85 Für ein dicht besiedeltes Flächenland wie NRW, das Standort energieintensiver
86 Industrien und vieler Kohlekraftwerke ist, bedeutet die Energiewende eine große
87 Herausforderung. Wir sehen die industrielle Struktur unseres Landes als Chance und
88 als Auftrag, die nötigen grundlegenden Veränderungsprozesse besser zu schaffen als
89 andere und NRW nicht zu einem Industriemuseum verkommen zu lassen. Unser
90 langfristiges Ziel ist es, die energieintensive Industrie mit den erneuerbaren Energien zu
91 versöhnen. Einerseits eröffnet die Energiewende der Industrie neue Marktchancen.
92 Andererseits ist die notwendige Transformation auf Produkte und Lösungen der
93 Industrie angewiesen. Dies gilt insbesondere auch für die chemische Industrie, deren
94 Möglichkeiten wir zum Beispiel für wichtige Stoffsubstitutionen, die Herstellung neuer
95 Dämmstoffe oder die Entwicklung leistungsfähiger Batterien für die Speicherung von
96 erneuerbaren Energien - u. a. in Elektroautos - brauchen. Um zukunftsfähig zu werden,
97 muss die Chemiebranche allerdings ihre Abhängigkeit vom Grundstoff Erdöl
98 überwinden.

99 **Erneuerbaren-Boom fortsetzen, EEG weiterentwickeln**

100 Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist der Motor der Energiewende. Wer ihn
101 abwürgt, bringt sie zum Stillstand. Durch das rot-grüne Erneuerbare-Energien-Gesetz
102 ist der Anteil der Erneuerbaren an der Stromversorgung von 6% auf 25% gewachsen,
103 haben über eine Million Bürgerinnen und Bürger ihre Energieversorgung in die eigene
104 Hand genommen und wurden fast 400.000 Arbeitsplätze geschaffen.

105 Wir wollen, dass dieser Boom weitergeht! Um den Atomausstieg zu vollenden und die
106 deutschen Klimaziele einzuhalten, muss der Anteil der erneuerbaren Energien an der
107 deutschen Stromversorgung auf mindestens 45% im Jahr 2020 steigen. Deshalb lehnen
108 wir Pläne aus der Bundesregierung, das EEG abzuschaffen oder den Ausbau der
109 erneuerbaren Energien durch eine Obergrenze im EEG zu deckeln, ab.

110 Stattdessen wollen wir Grüne das EEG in drei Stufen weiterentwickeln: Erstens wollen
111 wir es von unnötigen Kosten befreien und die Lasten fair zwischen allen
112 StromverbraucherInnen aufteilen. Zweitens wollen wir die Stellschrauben im EEG neu
113 justieren, um den Ausbau erneuerbarer Energien kosteneffizient voranzubringen. Und
114 drittens wollen wir den Strommarkt so verändern, dass immer mehr erneuerbare
115 Energien darin auch ohne Förderung ihren Platz finden. Die wichtigsten Grundpfeiler,
116 die das EEG so erfolgreich gemacht haben, sind der Einspeisevorrang der
117 erneuerbaren Energien und verlässliche Vergütungssätze. Diese Grundpfeiler sind für
118 uns auch zukünftig unverzichtbar. Änderungen sind insbesondere bei der Förderung der
119 Bioenergien notwendig. Wir wollen die eindeutige Orientierung an
120 Nachhaltigkeitskriterien bei der Förderung der Bioenergien, um den Anteil von
121 Maismonokulturen zur Biogasherstellung zurückzudrängen. Priorität muss die
122 Zweitverwertung von biogenen Potentialen zur Energiegewinnung haben sowie die
123 Nutzung des Potentials zur systemischen Integration der Erneuerbaren Energien.

124 Auch NRW braucht den schnellstmöglichen Umstieg auf erneuerbare Energien. Wir
125 Grüne setzen uns dafür ein, dass bis zum Jahr 2025 mindestens 30% des Stroms in
126 NRW aus erneuerbaren Energien gewonnen werden – viermal soviel wie heute. Den
127 Anteil der Windkraft an der Stromversorgung wollen wir von derzeit gut 3% auf 15% im
128 Jahr 2020 anheben. Wichtige Rahmenbedingungen dafür hat Umweltminister Johannes
129 Remmel mit dem neuen Windenergieerlass, der Vorlage einer umfassenden
130 Potentialanalyse und dem Leitfaden Wind im Wald geschaffen, der auch von
131 Naturschutzverbänden unterstützt und mitgetragen wird. Diese müssen jetzt in den
132 neuen Landesentwicklungsplan einfließen. Viele Kommunen in NRW haben sich
133 aufgemacht, neue Windenergieanlagen zu errichten. Die Landesregierung wird alles
134 Notwendige tun, sie bei ihren Planungen zu unterstützen und allen Kommunen den
135 Ausbau der Windenergienutzung ermöglichen und bei Konflikten nach
136 Lösungsmöglichkeiten suchen.

137 Bei der Erreichung dieser Ziele darf sich NRW nicht von der Bundesregierung
138 hereinreden lassen. Unter der schwarz-gelben Koalition von Ministerpräsident Rüttgers
139 ist NRW beim Ausbau der erneuerbaren Energien weit zurück gefallen. Jetzt, wo die
140 neue rot-grüne Landesregierung endlich Tempo macht, versucht Schwarz-Gelb in Berlin
141 die Entwicklung durch einen Deckel für erneuerbare Energien auszubremsen. Das
142 lassen wir nicht zu!

143 **Kosten und Chancen der Energiewende fair verteilen**

144 Angesichts weltweit steigender Energienachfrage sind weiter steigende Energiepreise
145 wahrscheinlich. Umso wichtiger ist es, Energiepreise fair zu gestalten. Wir wollen für
146 eine gerechte Verteilung der Lasten und Chancen der Energiewende sorgen und
147 VerbraucherInnen und Mittelstand so um 4 Mrd. € jährlich oder rund 1 Cent pro kWh
148 Strom entlasten.

149 Heute sind große Teile des Industriestroms von den Kosten der Energiewende
150 weitgehend befreit, profitieren aber über sinkende Börsenstrompreise direkt vom
151 wachsenden Angebot an erneuerbaren Energien. VerbraucherInnen und Mittelstand
152 müssen Mehrbelastungen von rund 7 Mrd. € tragen, haben aber von den sinkenden
153 Börsenpreisen bisher nichts. Unter Kanzlerin Merkel hat sich die Zahl der privilegierten
154 Betriebe bisher schon von 250 auf über 700 erhöht – darunter auch
155 Futtermittelhersteller, Zuckerbäcker und Schlachtereien. Durch neue schwarz-gelbe
156 Industrieprivilegien dürfte die Zahl im nächsten Jahr auf 2.000 ansteigen.

157 Die durch Rechtsverordnung des Bundes (AusglMechV) geregelte Vermarktung des
158 gesamten EEG-Stroms am Spotmarkt der Strombörse durch die
159 Übertragungsnetzbetreiber ist ein Systemfehler. Er führt dazu, dass der Preis für den
160 EEG-Strom an der Börse fällt und hierdurch die EEG-Umlage, die sich aus der Differenz
161 der Börsenerlöse und der von den Übertragungsnetzbetreibern zu zahlenden EEG-
162 Vergütung ergibt, künstlich in die Höhe getrieben wird. Hiervon profitieren insbesondere
163 Industriekunden, die ohnehin schon ganz oder teilweise von der EEG-Umlage befreit
164 sind. Dieser Systemfehler hätte längst schon korrigiert werden müssen, z.B. durch eine
165 weniger aufwändige und deutlich kosteneffizientere physikalische Onlinewälzung des
166 EEG-Stroms.

167 Wir Grüne wollen die Privilegien im EEG und anderen energiewirtschaftlichen Gesetzen
168 wieder auf ihren berechtigten Kern zurückführen. Wir wollen die Klientelgeschenke der
169 schwarz-gelben Zeit zurücknehmen und die Ausnahmeregelung auf energieintensive
170 Unternehmen beschränken, die nachweisbar in besonderem Maße dem internationalen
171 Wettbewerb ausgesetzt sind. Zentrale Kriterien sind für uns hierbei das Verhältnis der
172 Energiekosten zur Bruttowertschöpfung (>15%), sowie die Handelsintensität des
173 Unternehmens mit dem Ausland (>10%). Anstelle der ineffektiven und teuren
174 Marktprämie im EEG wollen wir Anreize schaffen, die Stromerzeugung aus
175 erneuerbaren Energien bedarfsgerechter zu gestalten. Die Vergütungssätze und Boni
176 müssen konsequent auf den Prüfstand, um überzogene Renditen zu Lasten der
177 StromverbraucherInnen zu verhindern. Das beinhaltet auch Weiterentwicklung des
178 Referenzertragsmodells bei der Onshore-Windenergie, um kostengünstige
179 Binnenlandstandorte zu fördern.

180 **Energiewende sozial gestalten**

181 Die Ausgaben der Privathaushalte für Energie sind seit 2005 stark gestiegen, vor allem
182 wegen der steigenden Kosten fossiler Brennstoffe. Rund 45 Prozent Preisanstieg für
183 Strom und Fernwärme, über 60 Prozent für Öl und 30 Prozent für Gas: Viele Haushalte
184 sind mit diesem Preisanstieg finanziell überlastet. Nach Schätzungen der
185 Verbraucherverbände werden rund 600.000 Haushalten jährlich Strom oder Gas
186 abgestellt, weil sie ihre Rechnungen nicht begleichen können. Doch die
187 Bundesregierung sieht tatenlos zu.

188 Wir Grüne wissen: Die beste Vorsorge gegen steigende Energiepreise sind mehr
189 Energieeffizienz und ein sinkender Energieverbrauch. Wir wollen zielgerichtete
190 Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in einkommensschwachen Haushalten
191 ergreifen. Dazu gehören kostenfreie Energiespar-Checks, die Förderung besonders
192 energiesparender Geräte über Zuschüsse oder Energiedienstleister (sog. Mini-
193 Contracting), sowie die energetische Sanierung insbesondere in Wohnquartieren mit
194 hohem Anteil einkommens- und investitionsschwacher Haushalte. Wir Grünen treten
195 dafür ein, die Strompreise ökologisch, sozial und gerecht zu gestalten.
196 Stromversorgungsunternehmen wollen wir verpflichten, mindestens einen „Stromspar-
197 Tarif“ anzubieten, welcher stromsparenden Verbrauch durch progressiven Tarifverlauf
198 und entfallende Grundgebühr belohnt.

199 In NRW hat die rot-grüne Landesregierung gemeinsam mit der Caritas und der
200 Verbraucherzentrale NRW ein Modellprojekt zur Energie- und Budgetberatung
201 gestartet. Gemeinsam mit Energieversorgern, Verbraucherschutzorganisationen und
202 Wohlfahrtsverbänden wollen wir weiter landesweit an Lösungen arbeiten: Schon 2013
203 wird in NRW ein weiteres Projekt starten, dass für einkommensschwache Haushalte
204 den Austausch von stromfressenden Altgeräten durch ein intelligentes Contracting
205 ermöglicht.

206 Vollständige Sperren der Gas- und Stromversorgung von Privathaushalten wollen wir
207 gesetzlich einschränken. Zumindest bei erstmaligem Zahlungsverzug sollten die
208 Versorger verpflichtet sein, im Vorfeld einer Sperre eine Ratenzahlungsvereinbarung
209 anzubieten. Außerdem setzen wir uns für eine Anhebung der Regelsätze nach SGB II
210 und XII auf ein Niveau ein, das die Grundversorgung an Wärme und Strom auch bei
211 steigenden Preisen sicherstellt. BezieherInnen von Wohngeld sollten bei energetischer
212 Sanierung einen Klimazuschuss erhalten, damit sich die Sanierung für sie unmittelbar
213 auszahlt.

214 Forderungen nach Energiesteuersenkungen à la FDP oder nach staatlich
215 bezuschussten Sozialtarifen à la „Linke“ dienen allein der Preissenkung für Energie aus
216 fossilen Brennstoffen - Energieeinsparung wird verhindert. Das ist kurzsichtig und nicht
217 nur aus ökologischer, sondern auch aus ökonomischer und sozialer Sicht falsch.
218 Energiesteuersenkungen werden am Ende ohnehin kaum bei den VerbraucherInnen

219 ankommen, sondern in den Kassen der Energieversorgungsunternehmen landen,
220 während öffentliche Ausgaben durch die Steuerausfälle gekürzt werden müssen. Da der
221 Preisanstieg zu erheblichen Teilen auf die Verteuerung der fossilen Energieträger
222 zurückzuführen ist, ist der rasche Umstieg auf erneuerbare Energien und zu mehr
223 Effizienz und Einsparung der Schlüssel zu bezahlbaren Preisen in der nahen Zukunft.

224 **Ernst machen mit Energieeffizienz und Energiesparen**

225 Auf keinem anderen Feld der Energiepolitik ist das Versagen der Bundesregierung
226 deutlicher als bei der Energieeffizienz. Als Bremserin auf EU-Ebene hat Kanzlerin
227 Merkel die europäischen Energiesparziele abgeschwächt und die
228 Energieeffizienzrichtlinie verwässert, obwohl Merkel 2007 Deutschland zum
229 Effizienzweltmeister machen wollte. Die Bundesregierung hat die Mittel für die
230 energetische Gebäudesanierung wiederholt abgesenkt und sich einem Kompromiss
231 über die steuerliche Begünstigung von Sanierungen im Bundesrat bis heute widersetzt.
232 Und das Stromsparziel der Bundesregierung wurde von Umweltminister Altmaier sofort
233 nach Amtsantritt in Frage gestellt. Nun greift die Bundesregierung auch noch der KfW
234 per Gewinnabführung in die Tasche und senkt damit ordnungspolitisch fragwürdig die
235 Fähigkeit der Bank, ökologische Innovationen zu finanzieren.

236 Im Gegensatz dazu wollen wir Grüne endlich ernst machen mit Energiesparen und
237 Energieeffizienz! Wir wollen einen 3 Mrd. Euro-Energiesparfonds einrichten, um
238 Kommunen bei der energetischen Sanierung von Wohnquartieren und Haushalte beim
239 Stromsparen zu unterstützen. Wir wollen nach den Vorgaben der neuen EU-
240 Energieeffizienzrichtlinie Energieversorgungsunternehmen verpflichten, durch
241 Effizienzmaßnahmen bei ihren KundInnen Strom, Gas und Kosten einzusparen. Wir
242 wollen die Anforderungen der Energieeinsparverordnung verschärfen, das
243 Gebäudesanierungsprogramm der KfW aufstocken und die Rate der sanierten
244 Gebäude so von derzeit unter 1 % auf 3% im Jahr anheben.

245 NRW wird seine Möglichkeiten nutzen, um die Sanierungsrate zu erhöhen. Hierzu
246 gehört vor allen Dingen eine verstärkte Beratung der Haushalt zu den Themen
247 Sanierung und deren Förderung. Zudem ist eine Verzahnung landeseigener
248 Förderprogramme mit der Bundesförderung wichtig. Wir Grünen fordern zudem eine
249 Öffnung der EU-Strukturfonds zur energetischen Gebäudesanierung um hier weitere
250 finanzielle Unterstützung zu ermöglichen.

251 Zur Förderung der Energieeffizienz will NRW seine Beratungsfunktion gegenüber
252 Kommunen, Unternehmen und privaten Haushalten weiter verstärken. Unternehmen
253 sollen Energiemanagementsysteme einführen, Kommunen und Unternehmen bei den
254 notwendigen Investitionen in Energieeinsparungen und Energieeffizienz unterstützt
255 werden.

256 Seien wir ehrlich: Energieeffizienz und Energiesparen voranzubringen erfordert auch
257 eine gesellschaftliche, (selbst-)kritische Debatte über unseren Umgang mit Energie.
258 Das mag bisweilen unbequem sein; aber wir Grüne stellen uns auch dieser Debatte.

259 **Netze optimieren und ausbauen, Speicher entwickeln,** 260 **Reservekapazitäten sicherstellen**

261 Die Energiewende weg von zentralen Großkraftwerken mit Kohle und Atom hin zu vor
262 allem dezentralen braucht den Ausbau und die Optimierung des Stromnetzes auf allen
263 Spannungsebenen. Der Ausbau des Übertragungsnetzes kommt unter Schwarz-Gelb
264 kaum voran. Von den 1.800 km neuer Leitungen, die noch von der Großen Koalition als
265 vorrangig eingestuft wurden, sind bis jetzt nur 214 km gebaut. Beim Verteilnetz gibt es
266 nach wie vor viel zu wenig Anreize zur Investition in Netzoptimierung (Smart Grid). Die
267 Bundesregierung hat beim Netzbau lange und viel geredet, aber wenig bis nichts getan.

268 Wir wollen den Netzausbau in NRW vorantreiben. Hierzu bedarf es neben der
269 Optimierung bestehender Trassen auch der Genehmigung neuer Übertragungstrassen.
270 Wir begrüßen, dass die Bundesregierung unsere Initiative aufgegriffen und mit dem
271 Netzentwicklungsplan erstmals eine einigermaßen transparente Netzplanung
272 geschaffen hat, auch wenn es in der Umsetzung erhebliche Kritik und
273 Verbesserungsbedarf gibt. Wir unterstützen den richtigen Ansatz, mit der modernen
274 HGÜ-Technik leistungsfähige Übertragungsleitungen in Nord-Süd-Richtung zu schaffen.
275 Um den Netzausbau auf das erforderliche Maß zu begrenzen und unnötige Kosten zu
276 vermeiden, brauchen wir klare Prioritäten bei den Projekten. Bei der Fortschreibung der
277 Netzentwicklungspläne müssen weitere Ausbauszenarien mit mehr dezentraler
278 Erzeugung und mehr Energieeffizienz berücksichtigt werden. Uns ist es wichtig, den
279 Netzausbau so anwohnerInnenfreundlich wie möglich zu gestalten. Lokale Konflikte
280 sollen dadurch vermieden oder gelöst werden, dass eine frühzeitigere und
281 umfassendere Bürgerbeteiligung stattfindet, Netzausbau möglichst auf vorhanden
282 Trassen stattfindet und eine Teilverkabelung ermöglicht wird. Dafür wollen wir die
283 gesetzliche Grundlage schaffen. Über die Landesplanung wollen wir für
284 Neubauvorhaben Mindestabstände zur Wohnbebauung festsetzen, bei deren
285 Unterschreitung Erdkabel gelegt werden müssen. Wir wollen NRW zur Modellregion für
286 intelligente Netze (Smart Grids) machen und unterstützen Kommunen dabei, die
287 örtlichen Strom- und Gasnetze wieder in die eigene Hand zu nehmen.

288 **NRW als KWK-Land**

289 Auch wenn Netzausbau und -optimierung die erste Priorität bei einem immer größer
290 werdenden Anteilserneuerbarer Energien ist, müssen wir uns um weitere Fragen?
291 kümmern: Die hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) muss ausgebaut werden. Hier
292 hat NRW wegen seiner hohen Bevölkerungs- und Industriedichte große Potentiale. Die
293 Bauentscheidungen für die KWK-Gaskraftwerke in Köln und Düsseldorf sowie die

294 geplanten Anlagen in den Chemieparks Leverkusen und Krefeld – alle Anlagen sind der
295 Ersatz für früher geplante Kohlekraftwerke – sind wichtige Bausteine zur
296 klimafreundlichen Deckung des Wärmebedarfs- und als Ausgleich zur schwankenden
297 Stromerzeugung erneuerbarer Energien. Die Förderung des Ausbaus der
298 Fernwärmenetze in den Ballungsgebieten NRWs durch die Landesregierung schafft die
299 notwendigen Anreize für Investitionen in KWK-Kraftwerke.

300 Leider hat die Bundesregierung bei der Novelle des KWK-Gesetzes eine angemessene
301 Förderung der Mini- und Mikro-KWK – am besten intelligent vernetzt und
302 bedarfsgerecht gesteuert – in unverantwortlicher Weise versäumt. Umso wichtiger ist
303 die von Umweltminister Johannes Remmel geschaffene Förderung der Anlagen und
304 von Modellkommunen für KWK. Wir wollen die positiven Ansätze aus NRW auf die
305 Förderung der KWK auf Bundesebene übertragen.

306 Wegen der absehbaren Stilllegung fossiler Kraftwerke aufgrund von Unwirtschaftlichkeit
307 wollen wir Anreize für Kapazitäten in Form von Speichern, Lastmanagementsystemen
308 und neuen Gas-Kraftwerken schaffen. Wo Stromerzeugungskapazitäten absehbar
309 fehlen, sollen diese regional in Rahmen eines neuen Marktdesigns ausgeschrieben und
310 – unter Wahrung hoher Anforderungen an Effizienz, Klimaschutz und Flexibilität – an
311 den preisgünstigsten Anbieter vergeben werden. Den Neubau von Kohlekraftwerken
312 lehnen wir dagegen ab.

313 Zur Deckung der Winterreserve in den nächsten Jahren plant der liberale
314 Bundeswirtschaftsminister in bester Sowjetmanier den Zwangsbetrieb von Kraftwerken
315 vor allem in Süddeutschland. Das ist weder effizient noch marktwirtschaftlich und am
316 Ende die teuerste Lösung für die VerbraucherInnen. Wir fordern stattdessen, die zur
317 Deckung der Jahreshöchstlast fehlenden Kapazitäten schon ab dem übernächsten
318 Winter über einen begrenzten, fokussierten Kapazitätsmarkt auszuschreiben.

319 **NRW zum Speicherland machen**

320 Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien werden vor allem nach 2020 zunehmend
321 Speicherkapazitäten benötigt. Angesichts der Planungs- und Realisierungszeiten von
322 Pumpspeicherkraftwerken und der heute fehlenden Wirtschaftlichkeit von
323 Batteriespeichern und Elektrolysespeichern (“Power to Gas – Windgas”) müssen
324 Forschungsprogramme aufgelegt, NRW als Standort für Elektrochemie erhalten und
325 auch die Markteinführung vorangetrieben werden. Entsprechende Programme wollen
326 wir zügig starten. Nur so kann sichergestellt werden, dass ab 2020, wenn zunehmend
327 Speicherkapazität benötigt wird, tragfähige und bezahlbare technische Lösungen bereit
328 stehen. Wir unterstützen die konkrete Planung und den Bau von
329 Pumpspeicherkraftwerken in NRW, z. B. die Projekte in der Eifel und im
330 Weserbergland, aber auch die Konzeptideen für Untertagespeicher. NRW muss seine
331 Chancen nutzen, sich als das Speicherland aufzustellen.

332 Wir Grünen sind überzeugt: Eine ökologische und soziale Energiewende zum Nutzen
333 des Wirtschaftsstandortes Deutschland und Nordrhein-Westfalens ist möglich und nötig.
334 Wir erkennen an, dass die Umsetzung und Gestaltung dieser Aufgabe eine große
335 Herausforderung darstellt, deren Bewältigung nur als Gemeinschaftswerk zwischen
336 Politik, Unternehmen und Zivilgesellschaft möglich ist. Auch ist die
337 Versorgungssicherheit eine grundlegende Voraussetzung. Es ist an der Zeit, dass
338 andere ihre ideologischen Schützengräben verlassen und sich konstruktiv an der
339 Gestaltung der Energiewende beteiligen. Der schnellstmögliche Ausbau der
340 erneuerbaren Energien ist dabei die notwendige Voraussetzung für die Einhaltung der
341 Klimaziele, für stabile sozialverträgliche Strompreise und für eine wettbewerbsfähige
342 Weiterentwicklung unseres Industriestandortes.

343 Wir Grünen sind bereit, mit unseren Konzepten, unserem Fachwissen, unseren Ideen
344 und Visionen unseren Beitrag zum erfolgreichen Gelingen der Energiewende zu leisten!